



STANDPUNKT

Umwege gehen

Tom Strohschneider über das offene linke Projekt dieser Krise

Wer den Konflikt um die Verlängerung des Kreditprogramms für Griechenland verfolgt hat, konnte nicht anders, als das Agieren des Bundesfinanzministers für den Versuch zu halten, SYRIZA zur Kapitulation zu zwingen: keine Zugeständnisse, keine Luft für soziale Wahlversprechen. Punkt.

Man blickt in diesen Tagen aber immer auch auf Widersprüche: Da agierte Schäuble als Zuchtmeister des neoliberalen Modells, während die Kanzlerin immerhin die Tür zu Kompromissen offenhielt. Da torpedierte die Eurogruppe eine Einigungschanse, die aus den Reihen der EU-Kommission gekommen war, was unterschiedliche Motive in Europa offenlegte. Da erhöhte die EZB den Druck auf Athen und stachelte so den zu innenpolitischer Unruhe beitragenden Abfluss von Milliarden von den Konten an, sicherte hintenherum aber ab, dass es zunächst einmal keine Bankenpleite in Griechenland gibt.

So sehr es in diesen Tagen um die SYRIZA-geführte Regierung geht, um die dringliche Lösung der humanitären Krise – der Konflikt reicht über Griechenland hinaus. Das macht das Agieren für die Linken keineswegs einfacher. Und es verweist auf ein bisher offenes Projekt dieser Krise: eine Bewegung und realpolitische Praxis in Gang zu setzen, die sich der Umwege bewusst ist, die auf dem Weg zu einer Alternative gegangen werden müssen, und die zugleich die Unterschiedlichkeit in den eigenen Reihen auszuhalten bereit ist, die wachsen wird, wenn mehr dazu bereit sind, das Problem nicht in Athen zu sehen, sondern in einer falschen Krisenpolitik, von der immer noch viele profitieren.



Hoffte am Freitagabend auf »weißen Rauch«: Athens Finanzminister Varoufakis

Foto: ddpj/Wiktor Dabkowski

Zehn Extra-Meilen an der roten Linie

SYRIZA hofft, Berlin drängt, EZB dementiert: Europa sucht Einigung über Kreditprogramm für Griechenland

Berlin. Vor dem Sondertreffen der Eurogruppe zur Verlängerung des Kreditprogramms für Griechenland haben sich auf europäischer Bühne Skepsis und leichter Optimismus die Waage gehalten. Griechenlands Finanzminister Yanis Varoufakis erklärte vor den Gesprächen, die am Freitag mehrfach nach hinten verschoben wurden, »hoffentlich kommen wir mit etwas weißem Rauch heraus«. Die SYRIZA-geführte Regierung sei »nicht nur eine Extra-Meile gegangen, sie ist zehn Extra-Meilen gegangen. Und nun hoffen wir, dass unsere Partner uns nicht in der Mitte, sondern auf einem Fünftel des Weges treffen.« Mit einer Einigung noch am Abend war kurz vor Redaktionsschluss nicht gerechnet worden.

EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) sah gute Chancen für eine Einigung. Er attestierte Athen, einen großen Schritt auf die EU zugegangen zu sein. Den Eindruck, sie habe sich im Streit um das Kreditprogramm zu einem Kurswechsel zwingen lassen, hatte SYRIZA zuvor zurückgewiesen. »Wir haben unsere roten Linien nicht überschritten«, so Regierungssprecher Gabriel Sakellariadis.

Bisher scheiterte eine Annäherung vor allem an der kompromisslosen Haltung der Bundesregierung. Zwar zeigte sich Kanzlerin Angela Merkel am Freitag durchaus kompromissbereit. Das schnelle Nein von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), der den Antrag aus Athen auf Verlängerung des Kreditprogramms am Donnerstag umgehend zurückgewiesen hatte, sorgte auch am Freitag weiter für Debatten.

Dies sei »nicht diplomatisch« und eine »Überreaktion« gewesen, sagte der SPD-Finanzexperte Carsten Schneider. Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter erklärte, die bisherigen Vereinbarungen mit Griechenland hätten nicht den erhofften Erfolg gebracht.

»Deswegen ist es klug, sie zu ändern.« Die Linkspartei warnte die Bundesregierung davor, bei den anstehenden Verhandlungen mit Griechenland »starrköpfig an den bestehenden Abmachungen festzuhalten«. Denn genau diese hätten die Schuldentragfähigkeit des Landes weiter verschlechtert, kritisierte Fraktionsvize Sahra Wagenknecht. Ähnlich äußerte sich Parteichef Bernd Riexinger. Auch die Jusos forderten die Bundesregierung zu einem Kurswechsel in der europäischen Krisenpolitik auf.

Zuvor war ein internes Papier der Bundesregierung bekanntgeworden, in dem diese den Antrag aus Athen als »trojanisches Pferd« bezeichnet. Es wird darin zudem die vollständige und den umstrittenen Kürzungsaufgaben der Gläubiger entsprechende Beendigung des laufenden Kreditprogramms gefordert. Auch solle SYRIZA die Abstimmung über soziale Reformen im Parlament stoppen. Derweil machten Politiker der Union und der Rechtsparter AfD weiter Front gegen Griechenland. Ein Grexit – das Ausscheiden des Landes aus dem Euro – sei verkräftbar, sagte Bayerns Finanzminister Markus Söder. »Jeder muss seine Rechnungen vollständig bezahlen, auch Athen. Die neue sozialistische Regierung versucht nur zu taktieren«, so der CSU-Politiker.

Unterdessen hat die Europäische Zentralbank erklärt, sie werde sich nicht an Spekulationen über angebliche Pläne für den Fall eines Grexits beteiligen. Zuvor war berichtet worden, dass die EZB bereits intern Planspiele dazu durchführe. Auch Gerüchte, die EZB habe die griechische Regierung dazu gedrängt, Kapitalverkehrskontrollen einzuführen, wurden dementiert. Nicht zuletzt angesichts der Gerüchte über ein Scheitern der Verhandlungen mit Athen haben viele Griechen ihre Ersparnisse von den Banken des Landes abgehoben. nd

Seiten 3, 4 und 20

UNTEN LINKS

»Linke Grüne«, so liest man, sehen ihre Partei »nach rechts abdriften«. Eine Aussage, wie sie verstörender kaum sein könnte. Hat man etwa je von atheistischen Katholiken gehört, die befürchteten, ihre Religion laufe Gefahr, in den Aberglauben »abzudriften«? Schon bei der Formulierung »linke Grüne« handelt es sich um das rhetorische Stilmittel der »contradictio in adiecto«, gebildet aus einem Adjektiv und einem Substantiv, die sich jeweils ausschließen (Beispiele: »schwarze Milch«, »deutscher Humor«, »geistreicher Politiker«). Daher klingt eine Formulierung wie »linke Grüne« in den Ohren vieler denkender Menschen wie »putzige Folterknechte« oder »freundliche Vergewaltiger«. »Linke Grüne«? Wer oder was soll das sein? So etwas wie die pazifistische Plattform in der deutschen Rüstungsindustrie? Wir wissen es nicht. Was wir wissen, ist, dass der einstige grüne Slogan »ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei« exakt vier Lügen enthält. tbt

Poroschenkos »russische Spur« zum Maidan

Ukrainischer Präsident beschuldigt Moskau am Tag des Gedenkens der Scharfschützen-Morde

Im Zeichen der Trauer und der Feindschaft mit Russland gedachte das offizielle Kiew am Freitag der Opfer des Maidan-Protestes vor einem Jahr.

Von Klaus Joachim Herrmann

Auf dem Kiewer Maidan, dem Unabhängigkeitsplatz im Zentrum der ukrainischen Hauptstadt, gedachten am Freitag Hunderte Menschen der fast 100 Todesopfer während der Massenproteste gegen den damaligen auf Russland orientierten Präsidenten Viktor Janukowitsch. »Der Kampf für das Recht, in einem echten europäischen Land zu leben, begann auf dem Maidan und hält bis heute im Donbass an«, sagte Präsident Petro Poroschenko.

Demonstranten waren während der Straßenschlachten von Scharfschützen erschossen worden. Sie werden als die »Himmlichen Hundert« gewürdigt. Ihnen galt eine Andacht auf dem Platz. Dort und in der anliegenden Straße »Institutskaja« waren am um den 20. Februar 2014 auch Angehörige der Polizei-Sondereinheit »Berkut« getötet worden.

Der ukrainische Präsident machte für die Morde direkt den Kreml verantwortlich. So be-

hauptete er während einer Ordensverleihung an Angehörige von Opfern, mehrere Gruppen ausländischer Scharfschützen hätten unter Führung des russischen Präsidentenberaters Wladislaw Surkow gestanden. Dabei berief er sich auf Angaben seines eigenen Geheimdienstes SBU. Mitglieder von dessen Spezialeinheit »Alpha« hätten entsprechende Aussagen gemacht.

Der Präsident sprach von einer »starken russischen Spur«, die Geheimdienst und Staatsanwaltschaft gefunden haben wollen. Andererseits nannte er bei dem selben Auftritt Janukowitsch den »Hauptschuldigen am Blutvergießen auf dem Maidan«. Der Ex-Präsident solle dafür »in der Hölle brennen«. Gegen zwei »Berkut«-Angehörige läuft ein Prozess. Sie streiten Todesschüsse ab. Am Abend wollte Poroschenko auf dem Maidan sprechen. Anschließend sollten die Opfer mit einem landesweiten »Moment der Stille« und einer Aufführung des »Requiem« von Wolfgang Amadeus Mozart durch das Nationale Symphonieorchester auf dem Unabhängigkeitsplatz geehrt werden.

Die Massenproteste hatten am 21. Februar zur Vertreibung des

russlandfreundlichen Präsidenten geführt. Nach dessen Sturz kam die prowestliche Führung von Poroschenko an die Macht. Janukowitsch wurde nach seiner Flucht vom Parlament in einem nach Meinung von Experten gesetzwidrigen Verfahren am 22. Februar abgesetzt.

Russland und die Ukraine wurden am Freitag von Kanzlerin An-

»Eine Offensive in Richtung Mariupol ist nicht geplant.«

Eduard Bassurin, Separatistenführer

gela Merkel (CDU) und dem französischen Präsident François Hollande mit Nachdruck aufgefordert, das vergangene Woche in Minsk geschlossene Friedensabkommen einzuhalten. Bei einem Treffen in Paris drohten sie Moskau mit neuen Sanktionen, sollten die prorussischen Separatisten in der Ostukraine wie zuletzt in Debalzewo gegen das Abkommen verstoßen. Separatistenführer Eduard Bassurin drohte in der

Nacht zum Freitag mit einem Ausstieg aus dem Abkommen, sollte die Armee das Feuer nicht einstellen. »Eine Offensive in Richtung Mariupol ist nicht geplant«, sagte er aber.

Für eine weitere Deeskalation der Lage hatte Poroschenko eine internationale Friedensmission unter Führung der EU gefordert. Dem erteilte die EU-Kommission vorerst eine Absage. Er habe Poroschenko klar gemacht, dass man sich auf die Umsetzung des Minsker Abkommens konzentrieren müsse, sagte EU-Kommissionsmitglied Johannes Hahn. Ähnlich äußerte sich Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD). Zur Umsetzung des in Minsk vereinbarten Friedensplans treffen sich am Dienstag in Paris die Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Russlands und der Ukraine.

Die Solidaritätsaktion der beiden Linkspolitiker Wolfgang Gehrcke und Andrej Hunko, die Medikamente für ein Kinderkrankenhaus in den Donbass gebracht hatten, fand ein offizielles Nachspiel. Die ukrainische Botschaft in Berlin habe eine Protestnote geschickt, bestätigte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes. Mit Agenturen Seite 5

Ermittlungen gegen Abgeordnete

Staatsanwaltschaft wirft Grüner und LINKER Blockadeaufruf vor

Leipzig. Nach Blockadeaufrufen gegen einen rechten Legida-Aufmarsch ermittelt die Staatsanwaltschaft Leipzig gegen die Politikerinnen Monika Lazar (Grüne) und Juliane Nagel (LINKE). Beiden Frauen wird vorgeworfen, während einer Pressekonferenz zur Verhinderung der Demonstration am 21. Januar in der Messestadt aufgefordert zu haben. Dies erfülle den Straftatbestand der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten, so die Anschulldigung. Gegen die sächsische Landtagsabgeordnete Nagel sei bereits ein Strafverfahren eingeleitet worden, im Falle der Bundestagsabgeordneten Lazar laufe ein sogenannter Prüfvorgang, heißt es weiter.

Lazar soll laut MDR gesagt haben: »Wir haben die Hoffnung, dass wir viele Menschen auf die Straße bringen, die friedlich dazu beitragen, dass »Legida« nicht laufen kann.« Nagel wird dem Sender zufolge vorgeworfen, sie habe gesagt: »»Legida« läuft nicht. Wir rufen zu Aktionen des zivilen Ungehorsams, manche sagen Sitzblockaden, auf und wollen erreichen, dass »Legida« seinen Spaziergang nicht durchführen kann.«

Die Beschuldigten wiesen die Vorwürfe zurück. »Während Legida-Anhänger unbehelligt auf Journalisten losgehen können, werden Sprecher breiter Protestbündnisse mit Strafverfahren überzogen«, erklärte Nagel. Lazar sprach von einem erneuten Versuch einer sächsischen Staatsanwaltschaft, Widerstand gegen Rechts zu kriminalisieren. Agenturen/nd Kommentar Seite 2

